

Unbeabsichtigter Krisenwettlauf

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Es ist die erste wirkliche interne Krise, die der Verteidigungsminister bewältigen muss. Seit gut einem Jahr im Amt, hat Boris Pistorius von Beginn an von guten persönlichen Umfragewerten profitiert. Zunächst vor allem deshalb, weil er – im Gegensatz zu seiner Vorgängerin Christine Lambrecht – den richtigen Ton traf, mit der Truppe nicht fremdelte. Doch jetzt Taurus: Die Abhöraffaire von Pistorius' Luftwaffengenerälen hat Deutschlands Sicherheit geschadet, sie belastet das Verhältnis zu den Verbündeten. Pistorius stellte sich in der Taurus-Affäre zunächst vor seine Leute, bis die Vorwürfe aufgeklärt sind. Bei allen Peinlichkeiten dieser Affäre: Das macht man so. Auch gelingt es ihm derzeit, eigene Unsicherheiten und Fehler einzuräumen, ohne dabei besonders angefasst zu wirken. Etwas, das dem Bundeskanzler nicht immer gelingt.

Wie es das politische Schicksal so will, haben nun beide SPD-Politiker der ersten Reihe politische (Kommunikations-)Krisen zu überstehen. Inwieweit Olaf Scholz in der Außenpolitik die Verbündeten und im Inneren seine Koalition zusammenhalten kann, werden die nächsten Wochen zeigen. Der Bundeskanzler steht unter sehr hohem Druck. Auch für Pistorius sind es politische Schicksalswochen. Kann er sein Ministerium durch die Affäre und den nächsten Haushaltsstreit lenken, seine Agenda durchbringen?

Beide Sozialdemokraten können gewiss sein: Die eigene Partei, die politische Öffentlichkeit und die Wähler werden den Ausgang dieses unbeabsichtigten Krisenwettlaufs sehr genau beobachten. Gelingt es Pistorius, seinen guten Ruf zu behalten und sich möglicherweise für mehr zu empfehlen? Und wie schlägt sich der Routinier Scholz, dem unter Druck bislang noch meist ein Befreiungsschlag gelungen ist? Die vielen Wahlen in diesem Jahr werden eine erste – bundespolitisch noch leise – Antwort geben.

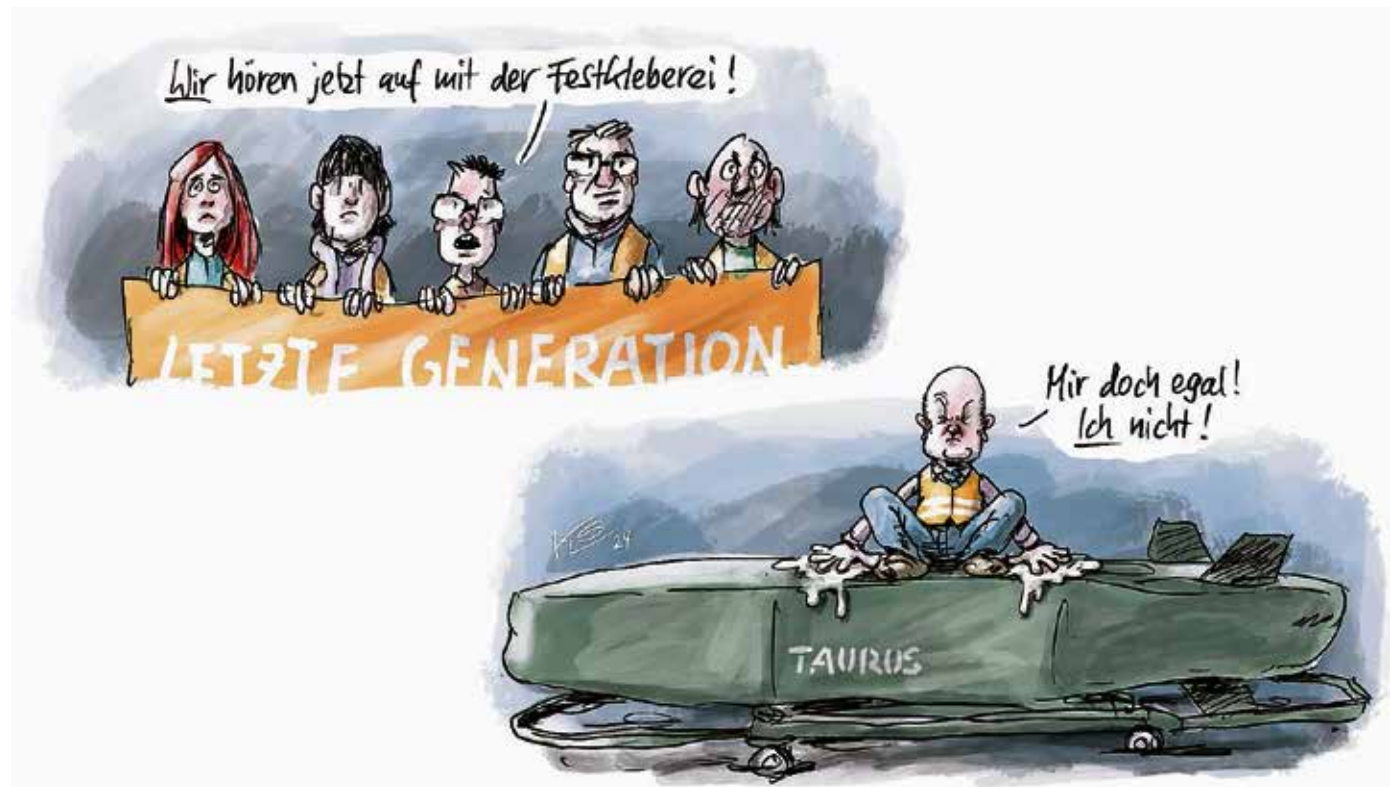
Deutschland im Abseits

VON GREGOR MAYNTZ

Gewöhnlich arbeitet die Kompromissmaschine der Europäischen Union mit zwei Antrieben. Den einen liefert die zwischen den Mitgliedstaaten ständig wechselnde Ratspräsidentschaft, den anderen Deutschland, bei dessen administrativer Expertise viele kleinere Staaten Orientierung suchen und von dem alle immer dann eine praktikable Lösung erwarten, wenn sich alles verhakelt hat. Die überraschende Entscheidung zur EU-weiten Regulierung der Plattformarbeit – für Millionen Lieferdienst- und Taxifahrer großer Onlineplattformen soll es bessere Arbeitsbedingungen geben – hat nun ein grelles Licht darauf geworfen, dass Deutschland dramatisch an Gewicht und Einfluss verliert.

Dass die Zustimmung von Frankreich, Deutschland, Griechenland und Estland fehlte, reichte in der Gesetzgebung zur Plattformarbeit über Wochen und Monate aus, um mehr Rechte für Uber- und Pizzafahrer zu verhindern. Es ist nur einer von einer ganzen Reihe von Vorgängen, bei denen sich Deutschland enthält, weil die Ampel sich nicht einig ist. Das geht offenkundig immer mehr EU-Staaten derart auf den Keks, dass sie nun an Deutschland vorbei und um Deutschland herum Griechenland und Estland ins Ja-Lager halten, nachdem die FDP den Beschluss torpediert hatte.

Sie tat es ausgerechnet in einer Phase, in der die Schlussabstimmung eigentlich Formsache ist, weil man sich ja zuvor auf einen Kompromiss geeinigt hatte, in diesem Fall sogar zweimal. Sinnigerweise wurde die deutsche Enthaltung wirksam umschifft am Abend jenes Tages, an dem sich die FDP als einflussreiche Europapartei zu inszenieren versuchte. Dramaturgisch treffender hätte man einem Akteur kaum den Stecker ziehen können. Doch nicht die FDP allein steht als begossener Pudel da. Es ist die Ampel insgesamt. An Deutschland vorbei Mehrheiten zu organisieren, bedeutet, dass Brüssel Deutschland ausgeampelt hat.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Hilfsleistungen in Deutschland fallen zu üppig aus - so lautet ein häufig geäußelter Vorwurf. Zahlen zeigen, dass das so pauschal nicht stimmt. Dringenden Reformbedarf gebe es trotzdem, sagen Ökonomen.

Die Mär vom aufgeblähten Sozialstaat

VON DAVID GRZESCHIK

Der deutsche Sozialstaat platzt aus allen Nähten, die Politik gibt immer mehr Geld für Sozialleistungen aus: Sätze wie diese fallen nicht nur an Stammtischen, sondern auch in Expertendiskussionen. Tatsächlich haben die Sozialausgaben in Deutschland immer neue Höhen erreicht, 2022 zum Beispiel knapp 1,18 Billionen Euro. Das wissen auch die Ökonomen Sebastian Dullien und Katja Rietzler. Sie arbeiten für das

gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Trotzdem kommen sie zu einem Schluss, der auf den ersten Blick überraschen mag: Sie sagen, dass es sich beim ständigen Wachstum des Sozialstaats um eine Mär handle – eine oft erzählte Geschichte, die aber falsch ist. Wie das? Zunächst einmal argumentieren Dullien und Rietzler, dass neue Rekordausgaben in nominalen Zahlen ausgedrückt noch nicht sehr aussagekräftig sind. Weil Preise und Gehälter überall steigen, wachsen auch die Staatsausgaben. Für seriöse Vergleiche zählt nur das preisbereinigte Wachstum.

In ihrer Untersuchung schauen sich Dullien und Rietzler schließlich die deutschen Sozialausgaben im internationalen Vergleich an. Das Ergebnis: Während die deutschen Sozialausgaben von 2002 bis 2022 um 26 Prozent gewachsen sind, fiel der Anstieg in den meisten untersuchten Ländern sehr viel höher aus – in Frankreich um 35 Prozent, in der Schweiz um 64 Prozent, Luxemburg, Polen und Irland liegen sogar bei einem Plus von über 100 Prozent. Auch das Mutterland des Kapitalismus, die USA, verzeichnet einen deutlich stärkeren Anstieg als die Bundesrepublik.

In einem zweiten Schritt vergleichen die Ökonomen, wie hoch der Anteil

staatlicher Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist. Schließlich könnte es sein, dass die Sozialausgaben in Deutschland nicht mehr so stark gestiegen sind, weil sie vorher schon vergleichsweise hoch lagen. Hinweise darauf finden sich aber nicht. Vielmehr liegt Deutschland mit staatlichen Ausgaben von 26,7 Prozent der Wirtschaftsleistung unauffällig im Mittelfeld. In Dänemark (26,2) und Schweden (23,7) fällt der Anteil nur unwesentlich geringer aus, in Frankreich (31,6) und Italien (30,1) liegen die Zahlen höher.

Die USA, die Niederlande und die Schweiz geben zwar weniger als 20 Prozent für Soziales aus. Allerdings ändert sich das, wenn man nicht nur die staatlichen Sozialausgaben, sondern auch die privaten betrachtet. Darunter fallen in einigen Ländern verpflichtende Ausgaben für die private Krankenversicherung. Dabei mache es gesamtwirtschaftlich keinen Unterschied, ob jemand gesetzlich oder verpflichtend privat versichert ist, argumentieren die Autoren. Betrachtet man also die gesamten Sozialausgaben, liegen die Niederlande und die USA ungefähr gleichauf mit Deutschland. Auch der Abstand zur Schweiz fällt dann kleiner aus. Was folgt aus diesen Erkenntnissen nun für Deutschland?

Führende Ökonomen zeigen sich jedenfalls nicht überrascht. „Üblicherweise steht Deutschland bei diesen gesamtstaatlichen Quoten im Mittelfeld und nicht an der Spitze“, sagt der „Wirtschaftsweise“ und Professor für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen, Achim Truger, unserer Redaktion. Zugleich mahnt er, dass für die Politik daraus noch keine unmittelbaren Schlüsse zu ziehen sind. Der Düsseldorfer Ökonom Jens Südekum sieht das ähnlich. Er sagt: „Die Untersuchung dient nicht dazu, wirtschaftspolitische Empfehlungen abzuleiten.“ Reform-

bedarf im deutschen Sozialstaat gebe es zuhauf: „Der demografische Wandel setzt jetzt erst richtig ein, und bis 2030 wird der Fachkräftemangel dramatisch zunehmen.“ Darauf müsse unter anderem im Rentensystem reagiert werden.

Noch kritischer blickt Ifo-Präsident Clemens Fuest auf die Ergebnisse. Er weist darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit binnen 20 Jahren deutlich gefallen ist – ohne dass sich das bei den Sozialausgaben bemerkbar machte. „Bei unveränderten Regeln im Sozialstaat sollten die Sozialausgaben dann ebenfalls sinken. Das tun sie aber nicht“, sagt er. Verantwortlich dafür seien steigende Gesundheitsausgaben. Angesichts des demografischen Wandels vermisst

INFO

Bei der Staatsquote liegt Deutschland im Mittelfeld

Gesamtausgaben Eine weitere Zahl, die die Autoren in ihrer Arbeit untersuchen, ist die Staatsquote. In ihr werden die gesamten staatlichen Ausgaben zusammengefasst, also auch die Sozialausgaben.

Vergleich Das Ergebnis: Mit einer Staatsquote von 48,2 Prozent liegt die Bundesrepublik Deutschland im Mittelfeld. Die EU-weite Quote befindet sich bei knapp 49 Prozent. Länder wie Italien, Frankreich und Belgien weisen eine Staatsquote von deutlich über 50 Prozent auf.



FOTO: DPA

Fuest in dem Papier den Blick in die Zukunft: „Die Alterung wird den Druck zu mehr Sozialausgaben weiter steigern, gleichzeitig sinken die Einnahmen des Sozialstaats, weil immer weniger Menschen erwerbstätig sind.“ Außerdem müsse mehr Geld für Verteidigung und Dekarbonisierung ausgegeben werden.

Noch weiter geht Lars Feld. Er war von 2011 bis 2021 einer der fünf „Wirtschaftsweisen“, mittlerweile ist er Berater von Finanzminister Christian Lindner (FDP). Er warnt vor einem weiteren Ausbau des Sozialstaats – schon jetzt machten entsprechende Ausgaben rund die Hälfte des Bundeshaushalts aus. „Soll eine allmähliche Strukturveränderung hin zu höheren Verteidigungsausgaben führen, muss der Anteil der Sozialausgaben allmählich sinken“, sagt Feld. Das bedeute, dass die Sozialausgaben zumindest schwächer steigen müssten als die Wirtschaftsleistung. Angesichts der Demografie und verfassungsrechtlicher Restriktionen wie das Existenzminimum sei das aber nicht einfach. Feld fordert: „Eine solide Finanzpolitik verbietet Sozialausgaben auf Pump gerade angesichts der Dynamik, die sich aus der Demografie ergibt.“

Was bleibt bei aller Kritik also von der Untersuchung? Jens Südekum lobt die Analyse von Dullien und Rietzler trotzdem. Sie stelle die „hitze Diskussion rund um den Sozialstaat auf eine sichere Faktenbasis“, sagt er. Und sie räume mit dem Mythos auf, dass der deutsche Sozialstaat ein „überbordendes und ständig wachsendes Monstrum“ sei. Dennoch: Dullien und Rietzler schauen mit ihrer Erhebung in die Vergangenheit und nicht in die Zukunft. Richtig dürfte daher zweierlei sein: zum einen, dass sich die Sozialleistungen in Deutschland gegenwärtig im Rahmen bewegen. Zum anderen aber auch, dass dieser Umstand die Politik nicht davon abbringen darf, notwendige Reformen voranzutreiben. Die alternde Bevölkerung wird die Sozialsysteme in den kommenden Jahren vor viele Herausforderungen stellen.

WISSENSDRANG

In einer evangelischen Erwachsenenzeitschrift erschien kürzlich ein Artikel zum Thema „Warum Inklusion besser ist als Integration – und was das mit Essen zu tun hat“. Der Autor appellierte an den Geschmack: Integration könne man sich wie einen Smoothie vorstellen, in dem alles verrührt und homogenisiert wird. Inklusion dagegen sehe aus wie ein knackiger, bunter Salat, in dem die „Identität“ der Radieschen und Möhren bewahrt und respektiert wird. Es gehe darum, ein Umfeld zu schaffen, in dem Vielfalt geschätzt und jeder Mensch als gleichwertig angesehen wird: „Ein Gewinn für uns alle!“ Dieses Bild hat mich angesprochen, denn ich mag keine Smoothies. Und wer will schon, dass Zuwanderer aus Asien oder dem arabischen Raum sich

Smoothie oder Salat?

In Einwanderungsländern wandeln sich Gewohnheiten. Es entsteht etwas ganz Neues.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

mit Begeisterung über Würstchen und Sauerkraut hermachen, statt die deutsche Küche mit vietnamesischen Restaurants und Falafel zu bereichern? Beim Essen liegt der Gewinn für alle auf der Hand. Etwas irritiert mich dennoch. Der Autor schreibt zweifellos in guter Absicht. Er will Fremdenfeindlichkeit abbauen. Aber es drängt sich der Eindruck auf, dass er seine Leser für unfähig hält, die komplexe Realität zu begreifen, und dass er sich deshalb falscher Dichotomien bedient – um sie auf den richtigen Weg zu bringen? Als hätten wir nur die Wahl zwischen völliger Auflösung fremder Eigenheiten und uneingeschränkter Wertschätzung dieser „Identität“? Die kulturellen Gewohnheiten und Denkweisen, die Zuwanderer mitbringen,

sind ebenso wie unsere eigenen dem Wandel unterworfen. Jedenfalls dann, wenn sie die Sprache lernen und sich mit ihren neuen Mitbürgern austauschen. Und das ist auch gut so. Zudem ist nicht alles, was mitgebracht wird, „ein Gewinn für alle“. Was die einen als Identität empfinden, kann anderen, oft Frauen, schaden. Und nicht alles ist tolerierbar, wie die sogenannten Ehrenmorde. Wenn „Inklusion“ dazu dient, Schwierigkeiten zu verschleiern, hilft das Wort ebenso wenig wie Fremdenfeindlichkeit oder überzogene Anpassungserwartungen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.